



Medienmitteilung

Zürich, 1. Dezember 2022

Beschlüsse der Kommissionen

WAK: Beitrag der ZKB zur Erreichung der Treibhausgasneutralität

Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) beantragt dem Kantonsrat mit 8 zu 7 Stimmen, der geänderten parlamentarischen Initiative von Grünen-Kantonsrat David Galeuchet betreffend Klimaschutz: Desinvestition der ZKB aus fossilen Investitionen zuzustimmen ([KR-Nr. 233/2018](#)). Im Kantonalbankgesetz sollen die Ziele der Zürcher Kantonalbank (ZKB) hinsichtlich Transformation zur Treibhausgasneutralität stärker verankert werden. Eine Minderheit (SVP, FDP) lehnt die beantragte Änderung von § 7 ab. Eine weitere Minderheit (SVP) lehnt die PI ab.

WAK-Präsident: Beat Bloch (CSP, Zürich), 079 891 95 05

WAK: Änderung der Notariatsgebührenverordnung

Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) beantragt dem Kantonsrat mit 9 zu 6 Stimmen, der geänderten parlamentarischen Initiative von Kantonsrat Hans-Peter Amrein betreffend Festlegung der Höhe der Notariatsgebühren zuzustimmen ([KR-Nr. 301/2018](#)). Zum einen sollen die Höchstgebühren bei gewissen gesellschaftsrechtlichen Beurkundungen und bei solchen im Ehegüter- und Erbrecht um 20 Prozent gesenkt werden. Zum anderen ist vorgesehen, dass für Beurkundungen auswärts und ausserhalb der Öffnungszeiten neu eine Gebühr erhoben wird. Eine Minderheit (SP) lehnt die beantragte Gebührensenkung ab. Eine weitere Minderheit (Grüne, AL, CSP) lehnt die PI ab.

WAK-Präsident: Beat Bloch (CSP, Zürich), 079 891 95 05

KBIK: Bessere Aufgabenverteilung in der Integrativen Förderung (IF)

Die Kommission für Bildung und Kultur (KBIK) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, das Postulat vom SP-Kantonsrätin Monika Wicki betreffend Tätigkeiten der Lehrpersonen im Rahmen der integrativen Förderung als erledigt abzuschreiben ([5769](#)). Mit dem Vorstoss wurde der Regierungsrat gebeten, mittels Auslegeordnung festzulegen, welche Aufgaben und Tätigkeiten ausschliesslich von heilpädagogischen Fachkräften ausgeführt werden müssen beziehungsweise welche davon von anderen Lehrpersonen ausgeführt werden können. In seinem Bericht verweist der Regierungsrat auf verschiedene Unterstützungsmaterialien, welche den Gemeinden eine zielführende Regelung der Aufgabenverteilung erleichtern.

KBIK-Präsident: Christoph Ziegler (GLP, Elgg), 079 769 34 36

KSSG: Bedarfsabhängige Steuerung der Bettenkapazität in der Langzeitpflege

Die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (KSSG) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, das Postulat von SP und EVP betreffend «Steuerungsmöglichkeiten mit der Pflegeheimliste» als erledigt abzuschreiben ([5833](#)). Mit dem Postulat wurde der



Regierungsrat eingeladen, Möglichkeiten zur bedarfsabhängigen Steuerung der Bettenkapazität in der Langzeitpflege aufzuzeigen. Der Kanton Zürich hat es bisher den Gemeinden überlassen, für eine bedarfsgerechte Pflegeversorgung zu sorgen. Aufgrund neuer gesetzlicher Regelungen auf Bundesebene und des sich abzeichnenden abnehmenden Bedarfs an zusätzlichen Bettenkapazitäten in Pflegeheimen soll künftig eine kantonale Bedarfsplanung durchgeführt und die Pflegeheimliste angepasst werden. Die Gesundheitsdirektion hat ein entsprechendes Projekt lanciert, damit der Regierungsrat bis Mitte 2026 die neue Pflegeheimliste festsetzen kann.

KSSG-Präsident: Roman Schmid (SVP, Opfikon), 079 581 88 00

Auf dem vorliegenden Bulletin sind alle publikationsreifen Beschlüsse festgehalten, die seit dem letzten Bulletin von Kommissionen gefasst und noch nicht kommuniziert wurden.